

Energiekrise und Russlands Krieg

Das „Querdenken“-Milieu als
antidemokratische Kampagnenmaschine

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Eine Analyse und 5 Forderungen für den Herbst

Zentrale Erkenntnisse:

Demokratiefeinde sind in Deutschland selbstbewusst wie nie zuvor und erreichen mit ihrer menschenfeindlichen Agenda immer mehr Bürger*innen, sie greifen dafür auf eine gefestigte digitale Infrastruktur zurück.

Das ist das Ergebnis langjähriger, erfolgreicher Mobilisierungen, die schon lange vor der Corona-Pandemie begannen. Das „Querdenken“-Milieu vollzieht nun den nahtlosen thematischen Übergang zu Protesten in Sachen Energiekrise.

Die Amadeu Antonio Stiftung fordert, dass Regierung und Innenministerium aktiv werden und der rechtsextremen und demokratiefeindlichen Mobilisierung für einen „heißen Herbst“ proaktiv etwas entgegensetzen, um die Fehler der Pandemie nicht zu wiederholen.

„Sturm auf den Reichstag“, Aufmärsche mit Fackeln vor den Wohnhäusern von demokratischen Politiker*innen, „Spaziergänge“, bei denen regelmäßig Polizist*innen angegriffen werden: Die Feind*innen der Demokratie in Deutschland sind so selbstbewusst wie nie und erreichen mit ihrer Agenda mehr Menschen als je zuvor. Jetzt vollzieht sich der nahtlose Übergang zu Protesten in Sachen Energiekrise: Mit den stark zurückgefahrenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie kann die Szene um „Querdenken“ zwar aktuell weniger Menschen auf die Straßen bringen, doch über zwei Jahre Dauerbeschallung mit Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Desinformation haben ein neues demokratiefeindliches Milieu entstehen lassen, das für immer neue Anlässe mobilisierbar bleibt. Mit den Protesten und ihren Nachwirkungen konnten organisierte und etablierte rechtsextreme Akteur*innen enormen Geländegewinn verzeichnen. Politik und Zivilgesellschaft müssen dafür sorgen, dass sich das in der Energiekrise und im „heißen Herbst“ nicht wiederholt.

Im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie ist ein demokratiefeindliches Misch-Milieu sichtbar geworden, das sich schon seit Jahren entwickelt. Ein Teil davon waren von Beginn an Rechtsextreme, Neonazis und die sogenannte „neue“ Rechte, die die Proteste für ihre Zwecke instrumentalisierten. Dazu gehörten aber auch immer wieder Akteur*innen oder Gruppen, die sich als politisch links oder alternativ verstehen oder solche, die „bürgerlich“ erscheinen. Sie lehnen die parlamentarische Demokratie ab, bezeichnen sich aber als Demokrat*innen. Hier stehen Esoteriker*innen neben Hooligans und Akteur*innen, die schon seit Jahren gegen Geflüchtete protestieren, neben Friedensbewegten. Sie eint die Ablehnung des „Systems“ – den demokratischen Staat, seine gewählten Repräsentant*innen und deren Politik –, und die Selbstwahrnehmung als „ein Volk“, das sich gegen Feinde wehrt und wehren muss. Antisemitische Verschwörungserzählungen sind fester Bestandteil. Die Szene hat sich verfestigt und radikalisiert. Rechtsextreme Akteur*innen und Narrative dominieren so sehr, dass sich ihre Ideologie normalisiert hat. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sind ein Türöffner zum Rechtsextremismus.

Im Sommer 2022 finden auch weiterhin regelmäßige Kundgebungen, Demonstrationen und Aufmärsche der Szene statt – trotz des Ausbleibens einer allgemeinen Impfpflicht und zurückgefahrenen Maßnahmen. Mobilisierungserfolge, wie 2020 und 2021 bei den großen „Querdenken“-Demonstrationen etwa in Berlin oder Stuttgart, bleiben mittlerweile zwar aus, aber die Szene hat sich verstetigt, setzt auf eine Vielzahl dezentraler Demonstrationen und erreicht über Telegram und andere soziale Medien Hunderttausende. Die Pandemie und das Virus sind nicht mehr Thema Nummer eins. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wird der Westen für den Krieg verantwortlich gemacht.

Es kommt zu prorussischen Protesten und Machtdemonstrationen aus dem gleichen Milieu. (1) Mittlerweile wirbt die rechtsextreme Gruppierung „Freie Sachsen“ für Demonstrationen in dutzenden sächsischen Orten unter dem Motto „Sommer, Sonne, Bürgerwiderstand! Vom Corona- in den Energielockdown?“ und schüren damit Ängste vor neuen Einschränkungen.

„Der Staat darf nicht warten, bis aus rechtsextremistischen Weltbildern gewaltsame Taten werden. Er muss alles tun, um Gewalt zu verhindern, bevor sie entsteht“, heißt es im aktuellen „Aktionsplan Rechtsextremismus“ des Bundesinnenministeriums. (2) Es zeigt sich jetzt schon, dass Gewalt zur Szene dazu gehört.



Am 29. August 2020, beim sogenannten "Sturm auf den Reichstag" aber auch darüber hinaus lieferten sich Demonstrierende des demokratiefeindlichen "Querdenken"-Milieus immer wieder teils schwere gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei. (© Belltower News)

1 https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Kurzanalyse_Frieden_statt_GRUEN_WEB.pdf

2 https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2022/aktionsplan-rechtsextremismus.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Von den „Friedensmahnwachen“ zu „Querdenken“

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie hat sich eine heterogene Protestszene herausgebildet, die vor allem durch das hohe Demonstrationsaufkommen öffentliche Beachtung fand. Viele der Protagonist*innen sind schon seit Jahren aktiv und fanden mit der Pandemie einen neuen Anlass dafür, antidemokratische und verschwörungsideologische Erzählungen zu verbreiten und für den Widerstand gegen demokratische Politik zu mobilisieren. Der Protestszene gehören Akteur*innen aus unterschiedlichen politischen, weltanschaulichen und soziokulturellen Milieus an. Sie vertreten teilweise sehr unterschiedliche ideologische Positionen, doch sie eint ihre populistische Grundhaltung: Die Ablehnung des sogenannten „Establishments“, der parlamentarischen Parteiendemokratie, demokratischer Politiker*innen sowie von staatlichen oder als staatsnah wahrgenommenen Institutionen. Diese Art der „Systemopposition“, bei der milieuübergreifende Bündnisse geschlossen werden, wurde bereits in den frühen 2010er-Jahren zu anderen Mobilisierungsanlässen praktiziert und „eingeübt“. Ausgerechnet die deutschlandweiten „Mahnwachen für den Frieden“, die zu Beginn des Ukraine-Konflikts 2014 in Berlin entstanden, beschreiben viele Influencer*innen der Corona-Protestszene heute als Politisierungsmoment.

Die „Mahnwachen“ wollten eine „neue Friedensbewegung“ sein, drehten sich aber schon zu Beginn um antisemitische Verschwörungserzählungen und regressive Kapitalismuskritik. Die Bewegung war eine Zeitlang erfolgreich und brachte mehrmals zehntausende Menschen auf die Straßen. Viele der Stichwortgeber*innen und Organisator*innen der damaligen Proteste stehen jetzt auf den Bühnen der Corona-Demos. Etwa Jürgen Elsässer, Chef des rechtsextremen Compact-Magazins, Verschwörungsguru Ken Jebsen oder der Esoterik-Unternehmer Heiko Schrang. Der Großteil der alten und neuen Szene-Influencer*innen finanziert sich durch Spenden, besonders beliebt sind „Schenkungen“, bei denen kein Nachweis über die Verwendung notwendig ist.

Bereits 2014 waren Neonazis und rechtsextreme Kader auf den Bühnen und im Publikum der neuen Friedensbewegung willkommen, auch damals war die Ukraine-Krise in Folge der Krim-Annexion Auslöser für die Verbreitung antiamerikanischer, antisemitischer, rechtsextremer und verschwörungsideologischer Inhalte unter dem Deckmantel des „Friedens“ mit Russland. Die Protest-„Spaziergänge“ gegen die Corona-Maßnahmen gehen einen Schritt weiter und sind zum Teil fest in rechtsextremer Hand. Etwa in Sachsen und angrenzenden Landesteilen, wo die rechtsextreme Partei „Freie Sachsen“, gestützt von Bewegungs-Unternehmen, wie dem rechtsextremen Verein „Ein Prozent“, in vielen Orten und Städten für Demonstrationen mobilisiert oder sie selbst organisiert. Die Anti-Maßnahmen-Proteste und „Spaziergänge“ sind hier die Fortsetzung von flüchtlingsfeindlichem „Widerstand“, teilweise mit gleichem Personal wie etwa die „Fackelmärsche“ im sächsischen Schneeberg (2013).



Demonstrierende suchten immer wieder die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei, ganz egal ob in Leipzig, Berlin oder Ostsachsen. © Nicholas Potter

Damals suchten bereits tausende scheinbar ‚bürgerlicher‘ Demonstrant*innen den Schulterschluss mit rechtsextremen NPD-Organisator*innen bei Protesten gegen eine geplante Geflüchtetenunterkunft. In vielen Regionen gehört die hohe Sichtbarkeit von rechtsalternativen Aktivist*innen und Rechtsextremen und vor allem die Normalisierung ihrer Ideologien zum Alltag. Die rassistische Mobilisierung im Zuge von Pegida knüpfte in den folgenden Jahren nahtlos an geflüchtetenfeindliche und rassistische Kontinuitäten an und manifestierte sich in einer Welle massiver rassistischer Anfeindungen und Gewalt. In der Region gehört die hohe Sichtbarkeit von rechts-al ternativen Aktivist*innen und Rechtsextremen und vor allem die Normalisierung ihrer Ideologien zum Alltag. Wo Staat und Zivilgesellschaft sich immer weiter zurückziehen, werden Leerstellen von den Aktivist*innen gefüllt.

Vor allem an der Spitze der Proteste, bei Influencer*innen der Bewegung und den „Milieu-Manager*innen“ herrscht seit Jahren eine Kontinuität rechts-al ternativer bis rechtsextremer Akteur*innen. Der Staat setzte dieser Entwicklung zu wenig entgegen. Seit 2014 ignorieren maßgebliche Repräsentant*innen in Politik, Polizei und Justiz immer wieder massive Rechtsverstöße, etwa bei Ausschreitungen vor Unterkünften von Geflüchteten. Ähnlich gleichmütig reagieren heute vielerorts Polizist*innen auf die Regelverstöße und Übergriffe bei „Spaziergängen“. Durch fehlende Strafverfolgung und das dadurch vermittelte Gefühl einer „Unantastbarkeit“ beziehungsweise im Recht zu sein, wurde erst ermöglicht, dass sich auch ein vermeintlich bürgerliches Spektrum diesen Protesten anschließt, das rassistische, antisemitische oder verschwörungsideologische Ideologiefragmente der extremen Rechten teilt. Die aktuellen Spaziergänge mit ihren Grenzüberschreitungen werden als vermeintlicher breiter „Bürger“-Aufstand inszeniert.

„Bürgerliche“ Rechtsextreme

Die sogenannte „neue“ Rechte steht zum Beispiel in Form der „Identitären Bewegung“ bei vielen Aufmärschen der Anti-Maßnahmen-Demos buchstäblich in der ersten Reihe und drückt den Veranstaltungen mit Bannern wie „Kontrolliert die Grenzen, nicht euer Volk“ ihren Stempel auf, indem sie Rassismus mit Verschwörungsideologien verbreitet. Ähnliche Töne schlug die AfD an. Kader der „Identitären“, allen voran der Österreicher Martin Sellner, sehen in der Bewegung — die sie bedingungslos akzeptiert — eine historische Chance, neue Unterstützer*innen für die eigene Sache zu rekrutieren: Abschaffung der Demokratie und Stärkung von Autoritarismus und Nationalismus.

Die AfD, die sich zum Beginn der Pandemie noch kurzzeitig für einen harten Lockdown und Maßnahmen ausgesprochen hatte, unterstützt seit Mai 2020 die Anti-Maßnahmen-Proteste und präsentierte sich als Partei der Impfgegner*innen, als der Bundestag im Frühjahr 2022 über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht debattierte. Aber auch eigene Parteien hat die „querdenkende“ Szene gegründet, bisher am erfolgreichsten die „Basisdemokratische Partei Deutschland“ (Die Basis). Spitzenkandidat der „Basis“ für die Bundestagswahl 2021 war der Arzt und ehemalige SPD-Gesundheitspolitiker Wolfgang Wodarg. Bislang konnte weder die AfD noch „Die Basis“ maßgeblich die Proteste in Wahlerfolge ummünzen. Doch ein Blick nach Österreich zeigt: Das kann sich ändern. Bei den oberösterreichischen Landtagswahlen erreichte die neugegründete Partei der Maßnahmenkritiker*innen „Menschen – Freiheit – Grundrechte“ auf Anhieb mehr als sechs Prozent der Stimmen und ist mit drei Mandaten im Landtag vertreten.



Slogan der "Bürgerbewegung" *Oberhavel Steht Auf* in Oranienburg (© Kira Ayyadi)

Alte Rollenbilder und „neurechte“ Mentalität

Zumindest bei Demonstrationen in Westdeutschland und in Großstädten im ganzen Bundesgebiet war der Frauenanteil größer als bei klassischen rechten Aufmärschen. Dadurch rücken auch Genderaspekte in der Ideologie der Bewegung ins Blickfeld: Bevorzugt werden klassische Vorstellungen von Geschlechterrollen transportiert. „Endzeitkriegern“ und „Corona-Rebellen“ stehen „Hexen-Weiber“ und „QAmoms“ zur Seite. In der Broschüre „Entschwörung konkret“ der Fachstelle für Politische Bildung und Entschwörung der Amadeu Antonio Stiftung heißt es dazu: „Die Szene der Corona-Leugner*innen nutzt bestimmte Männer- und Frauenbilder, um Demokratiefeindlichkeit und antisemitische Mythen zu verbreiten. (...) Männer werden primär als Kämpfer gegen den Staat und die Medien inszeniert, Frauen hingegen als sorgende Mütter und mystische Naturverbundene.“ (4) In dieses Weltbild passt besonders, dass Frauen mittels „klassisch weiblicher“ Themen wie Gesundheit, Impfungen, Pflege, Fürsorge und Kinder mobilisiert werden.

Zahlen des Umfrageinstituts Pollytix bestätigen die These. Demnach würden zwar nur 15 Prozent der Befragten „zukünftig an solchen Spaziergängen teilnehmen“ (West: 12 Prozent, Ost: 25 Prozent), doch die Mehrheit in dieser Gruppe (39 Prozent) wird als „antimoderne Konservative“ eingeordnet. (5) Noch klarer wird es, wenn es um Parteipräferenzen geht: 62 Prozent der potenziellen Demonstrationsteilnehmenden sind AfD-Wähler*innen, abgeschlagen auf Platz zwei stehen Wähler*innen der Linken mit 15 Prozent. Zehn Prozent wählen FDP, acht Prozent SPD, fünf Prozent CDU/CSU und nur drei Prozent die Grünen.

Das Thema Gesundheit ist im rechts-alternativen bis rechtsextremen Spektrum keineswegs neu. Eine oftmals antisemitisch konnotierte Ablehnung der sogenannten „Schulmedizin“ gab es im völkischen Milieu schon im 19. Jahrhundert. Schon damals zeigte sich eine ganz ähnliche Wissenschaftsfeindlichkeit, wie sie heute bei den maßnahmen- und impfkritischen Demonstrationen breit zutage tritt. (6) Auch „alternative Heilmethoden“ werden im rechtsextremen Milieu bis heute propagiert, zum Beispiel unter dem Label der sogenannten Germanischen Neuen Medizin. Die Ablehnung der modernen Wissenschaft und ihrer Erkenntnisse ist ein weiteres Phänomen, das die unterschiedlichen Teile des Corona-Protestmilieus eint: Impfgegner*innen, Rechtsextreme, Antroposoph*innen, Neonazis als auch Esoteriker*innen unterschiedlicher Couleur lehnen fühlen sich angesprochen.

4 <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/entschwoerung-konkret-72927/>

5 https://pollytix.de/wp-content/uploads/2022/02/pollytix_Politikmonitor_Februar22.pdf

6 <https://www.belltower.news/rudolf-steiner-anthroposophische-krankenhaeuser-behandeln-covid-19-mit-meteorstaub-und-ingwer-110227/>

Wichtiges Thema bei den Protesten ist ein vermeintlicher Kinderschutz, wie schon aus dem Auftreten als „besorgte Eltern“ oder „besorgte Mütter“ deutlich wird. Diese Selbstbezeichnungen haben das Potenzial, Eltern über die Sorge um ihre Kinder zu mobilisieren. Die immer wieder aufgerufenen Bilder angeblich bedrohter und zu beschützender Kinder können emotional stark aufgeladen werden und motivieren und legitimieren gewalttätiges Handeln. (7)

Zentraler Dreh- und Angelpunkt der unterschiedlichen Ideologien ist Antisemitismus. Egal ob direkt – Juden und Jüdinnen werden verantwortlich für die Pandemie gemacht – als sekundärer Antisemitismus, wenn etwa der Holocaust durch das Tragen der gelben „Ungeimpft“-Sterne verharmlost wird oder strukturell, wenn altbekannte antisemitische Argumentationsmuster auf die Pandemie angewendet werden. Antisemitismus ist das Betriebssystem, auf dem Verschwörungsideologien laufen.



Antisemitismus dient in den verschiedensten Codes seit Beginn der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen als integrierendes Element, wie hier bei einer Demonstration in Berlin. Die "NWO" (Neue Weltordnung) bezeichnet eine weltweite Verschwörung zur Unterwerfung der Menschheit durch eine totalitäre Weltregierung. Der Code dient als die große Klammer, mit der Gruppen wie »Bilderberger«, die Finanzoligarchie, die Familie Rothschild etc. zusammengebracht werden. Die ersten verschwörungsideologischen Beschreibungen der NWO bezogen sich explizit auf die fiktiven antisemitischen Protokolle der Weisen von Zion. (© Amadeu Antonio Stiftung)

7 https://beratungsnetzwerk.hamburg/wp-content/uploads/2021/07/elernstehenauf_06_29_interaktiv.pdf

Autoritärer Charakter mit bürgerlicher Fassade

Ein Blick auf die Unterschiede des Demonstrationsgeschehens in West- und Ostdeutschland zeigt: Die Erzählungen bleiben ähnlich, auch wenn die Sichtbarkeit von rechtsextremen Akteur*innen im Westen oft geringer ist, als im Osten. Etwa in Stuttgart, immerhin Geburtsort von „Querdenken“, wirken die Demonstrationsteilnehmenden auf den ersten Blick „bürgerlich“. Ähnliches gilt für andere westdeutsche Städte und Orte, an denen Demonstrationen stattfinden oder stattfanden. Doch diese angebliche Bürgerlichkeit ist Fassade. Beispielhaft dafür steht Stephan Bergmann, ehemaliger Pressesprecher von „Querdenken 711“. Auf den ersten Blick ein harmloser, schwäbelnder Didgeridoo-Spieler, der kurzfristig eine Art Maskottchen der Szene wurde. Nur kurz nach seinem Auftauchen wurde klar, dass Bergmann rechtsextreme Ideologien verbreitet und zum Beispiel vor einer „Vermischung der Rassen“ warnte. (8) Beispiel Berlin: Auf Montagsdemos dominieren „bürgerlich“ und urban aussehende Teilnehmende. Angeführt werden sie zum Beispiel von Eric Graziani: Der langjährige rechtsextreme Aktivist ist Anmeldender und Redner der Montagsdemonstrationen in der Hauptstadt. (9)

Näher beleuchtet wurde die Ideologie der „Maßnahmenkritiker*innen“ in einer Vielzahl von Studien und Befragungen. „Ein erheblicher Teil von ihnen beansprucht, sich der Zuordnung in einem politischen Koordinatensystem von rechts und links entziehen zu wollen,“ stellen etwa die Forscher Fabian Virchow und Alexander Häusler in ihrer Studie Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen fest. (10) Andere Umfragen zeigen Bestandteile von neuen rechten Mentalitäten — die etwa in den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung abgefragt werden — wie Anti-Establishment-Einstellungen, Aufruf zum Widerstand, Unterstellung eines Meinungsdictats, plus Verschwörungsdenken. Laut der Jahresstudie 2021 des Mercator Forums Migration und Demokratie (MIDEM) zu Corona und Rechtspopulismus wünschen sich 61 Prozent der Befragten in Sachsen eine „starke Hand“. 63 Prozent forderten gar, dass man „härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“ müsse. (11) Die Forscher*innen kommen zum Schluss, dass das Gefühl sozioökonomischer, politischer und kultureller Benachteiligung, gepaart mit Misstrauen in Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie, zu einem erhöhten Risiko für coronabedingtes Verschwörungsdenken führt. Rechtspopulist*innen konnten dort mit ihrer Strategie punkten, wo sie schon bestehende Entfremdungserfahrungen einzelner Bevölkerungsgruppen mit ihrer populistischen Eliten-, Institutionen- und Systemkritik aufgreifen und zuspitzen konnten.

8 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/dokumentation-der-hass-den-stephan-bergmann-im-netz-verbreitete/26054768.html>

9 <https://www.belltower.news/eric-graziani-der-patriotic-opposition-europe-chef-der-die-berliner-montagsdemos-gegen-coronamassnahmen-anfuehrt-127537/>

10 <https://idw-online.de/de/news758451>

11 https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Jahresstudie2021_Corona_und_Rechtspopulismus.pdf

Oliver Nachtwey, Robert Schäfer und Nadine Frei von der Universität Basel warfen 2020 in ihrer Studie „Politische Soziologie der Corona-Proteste“ unter anderem einen Blick auf die Demografie der Demonstrierenden und präsentieren das Bild einer relativ alten und akademischen Bewegung: Das Durchschnittsalter der im Internet befragten „Querdenken“-Demonstrationsteilnehmer*innen lag bei 47 Jahren, 34 Prozent hatten einen Studienabschluss, es gab einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Selbstständigen (54 Prozent). Bemerkenswert: 50 Prozent der Befragten hatten nach eigener Aussage zuvor noch nie Demonstrationen besucht. Die Forschenden zeigten bereits 2020 die Gefahren auf: „Eine Bewegung, die nach rechts offen ist und ein beträchtliches immanentes Radikalisierungspotenzial hat, und da die Bewegung sehr dynamisch ist, haben wir auch nicht das Ende der Radikalisierungswelle erreicht.“ (12)

Unter dem Label Esoterik werden in den Medien oft trommelnde Impfgegner*innen oder singende Protestler*innen zusammengefasst, die einem „alternativen“ und spirituellen Milieu anzugehören scheinen. Und tatsächlich: In vielen Bereichen der Esoterikszene herrscht die Vorstellung, Impfen sei „wider die Natur“. Verschwörungserzählungen spielen in diesen Kreisen seit jeher eine große Rolle. Dazu gehören auch Erzählungen über Außerirdische, „geheime Kräfte“ oder „dunkle Machenschaften“, die aus dem vermeintlich Geheimen nun ans Licht kämen. Online und offline inszenieren sich diese Protestler*innen als „Erwachte“ und Wahrheitskämpfer*innen. Damit geht eine Art von Selbstermächtigung einher, denn der Glaube von den geheimen Kräften, die die Welt steuern – eine neuverpackte Version der „jüdischen Weltverschwörung“ – ist Ausdruck einer Ohnmachtserfahrung. Eine Welt voller Widersprüche und Komplexität wird einfach erklärbar. Gut und Böse werden personifiziert und benennbar.

Kurzum: Die Szene ist heterogen und dezentral. Ihre Anhänger*innen scharen sich um verschiedene Führungsfiguren, die mal zusammenarbeiten, mal zerstritten sind, gemeinsam auftreten oder sich gegenseitig bezichtigen, für den Verfassungsschutz zu arbeiten. Obwohl besonders an Schlüsselpositionen im gesamten Bundesgebiet oft Personen anzutreffen sind, die schon länger im rechtsalternativen Protest-Umfeld aktiv sind, gibt es auch Demo-Organisator*innen in allen Teilen Deutschlands, die sich von Rechtsaußen-Positionen distanzieren. In anderen Regionen, zum Beispiel in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, vermischen sich „besorgte Bürger*innen“, AfD-Anhänger*innen, Angehörige der Reichsbürgerszene und Neonazis.

12 <https://soziologie.philhist.unibas.ch/de/forschung/forschungsprojekte/politische-soziologie-der-corona-proteste/>

Digitaler „Widerstand“ in alternativen Realitäten

Abseits der Straßenproteste finden die unterschiedlichen Gruppen in den sozialen Medien zusammen. Ohne Telegram und andere Plattformen wäre eine Mobilisierung zu Großdemos, aber auch zu „Spaziergängen“ nicht denkbar. Plattformübergreifende Analysen zeigen das Zusammenspiel unterschiedlicher Funktionalitäten verschiedener Dienste, Medienformate und Akteur*innen: Über eine Vielzahl an Telegram-Kanälen oder Gruppen gelingt eine systematische regionale und überregionale Mobilisierung. Ein breites Publikum wird zielgruppenspezifisch über Twitter, Facebook, Instagram und YouTube angesprochen und direkt zu Telegram weitergeleitet. Die Dezentralität der „Spaziergänge“ wird auch digital umgesetzt. Viele Accounts, Posts und Videos zusammen mit der plattformübergreifenden Vernetzung, erwecken den Eindruck einer flächendeckenden Bewegung, ohne dass es im Einzelnen auf eine große Reichweite oder viele Aufrufe ankommt.

Die Strategie heißt Desinformation. In der analogen Welt und in der digitalen, in Telegram-Gruppen, YouTube-Videos und bei „Spaziergängen“ sollen falsche Behauptungen, Lügen und Halbwahrheiten das Vertrauen in die Demokratie schwächen, der Staat und seine Institutionen wird als hilflos und kurz vor dem Zusammenbruch dargestellt. Die eine „Wahrheit“ braucht es in der heterogenen Szene nicht — außer dem festen Glauben, dass Medien, Politik und Institutionen immer lügen und eine geheime Agenda verfolgen. „Querdenken“ ist nicht nur der Name einer zentralen Akteursgruppe innerhalb der Bewegung, Zusammenhänge vorgeblich kritisch zu hinterfragen und „neu“ zu denken, schreiben sich alle Impf- und Maßnahmenkritiker*innen auf die Fahne. So verstricken sich Anhänger*innen immer weiter in einer Parallelwelt, die immer weniger mit der Realität zu tun hat.

Die Mechanik der unterschiedlichen Kanäle tut ihr Übriges: Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter, aber auch Videoplattformen wie YouTube setzen auf Interaktionen und Engagement der Nutzer*innen. Die Algorithmen sorgen zum einen dafür, dass je kontroverser Inhalte diskutiert werden, desto größer auch ihre Reichweite wird. Das heißt, möglichst polarisierende und kontroverse Meinungen führen zu mehr Reaktionen, was wiederum zu mehr Verbreitung führt. Um anderen wird Nutzer*innen auch weiterhin Content vorgeschlagen, der dem ähnelt, was sie bereits vorher konsumiert oder mit dem sie interagiert haben. Schaut ein Nutzer etwa ein verschwörungsideologisches Video auf YouTube, werden ihm danach ähnliche Videos empfohlen. Ohne Algorithmen funktioniert die Radikalisierung bei Telegram. Denn hier handelt es sich um einen Messengerdienst, der vornehmlich mobil funktioniert. In unzählige Kanäle – die nicht immer als rechtsextrem oder demokratiefeindlich erkennbar sind – posten die Administrator*innen zum Teil mehrere hundert Beiträge täglich.

Jeder Blick aufs Handy-Display zeigt also Neuigkeiten aus der Verschwörungswelt. Dazu kommt, dass Telegram auch der Kommunikation mit Freunden, Familie oder Kolleg*innen dienen kann. Das bedeutet, dass persönliche Nachrichten unter Umständen direkt neben antidemokratischen Hetzparolen stehen, die dadurch eine größere Relevanz und einen persönlichen Bezug erhalten. Darin liegt auch ein Grund, weswegen sich Telegram bisher erfolgreich einer Regulierung durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) für Social-Media-Plattformen entziehen konnte und Strafverfolgungsbehörden hier de facto machtlos sind. (13)

Mobilisierung via Telegram : Themenumschwung von "Impfpflicht" zu "Ukraine-Krieg"

Gemeinsam mit dem Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig betreibt die Amadeu Antonio Stiftung ein systematisches Online-Monitoring extrem rechter und antidemokratischer Aktivitäten in Sachsen. Die ersten Ergebnisse wurden im Rahmen des "EFBI Digital Report #2: Ausstieg aus der Demokratie: Extrem rechte Parallelstrukturen in Sachsen" veröffentlicht und belegen die thematische Verschiebung.



Wordcloud Telegram-Gruppen und Kanäle Sachsen vor Kriegsbeginn (15.01.2022 – 24.02.2022)

Wordcloud Telegram-Gruppen und Kanäle Sachsen nach Kriegsbeginn (1(24.02.2022 – 06.04.2022)



13 https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Kurzanalyse_Krieg_und_Tech_WEB.pdf

Von Telegram auf die Straße

In den Sozialen Medien wird der permanente Ausnahmezustand an die Wand gemalt, „Widerstand“ wird gepredigt, die Abonnent*innen werden zur „Notwehr“ aufgerufen. Die online stimulierte Eskalation auf die Straße getragen. Die Masse von Gewalt, Bedrohungen und Übergriffen im Umfeld der Maßnahmendemos lassen sich nur erahnen, die schiere Menge an Demos, „Spaziergängen“, Kundgebungen macht einen vollständigen Überblick unmöglich. Das Gleiche gilt für Bedrohungen, Mordaufrufe und Volksverhetzung auf Telegram und in anderen sozialen Medien. Nur ein Bruchteil davon wird dokumentiert oder gar zur Anzeige gebracht. Die Zeit berichtete etwa über 308 Verletzte nach Auseinandersetzungen über die Maskenpflicht im Jahr 2021. Größeres Echo erfahren nur besonders schwere Gewalttaten wie der Mord an dem 20-jährigen Tankstellenmitarbeiter Alexander W. durch einen 49-jährigen Maskenverweigerer in Idar-Oberstein im September 2021. (14) Im Verhör sagte der Täter: „Ich komme ja nicht an Frau Merkel, George Soros oder Jens Spahn ran.“ Mit dem Verweis auf George Soros, beweist der Täter, wie tief er in antisemitische Verschwörungserzählungen eingetaucht ist. (15) Soros ist einer der jüdischen Personen, die seit Jahren von extrem rechten und verschwörungsideologischen Akteuren weltweit am meisten gehasst und angefeindet werden. Wie der Name Rothschild wird inzwischen auch der Name Soros als Chiffre für die angebliche jüdische Weltverschwörung verwendet.

Für das Jahr 2020 hat der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) fast 2.000 antisemitische Straftaten in Deutschland erfasst. (16) Mehr als ein Viertel der Fälle hatten einen Bezug zur Coronapandemie. RIAS zählte im ersten Halbjahr 2021 allein in Berlin 522 antisemitische Vorfälle. (17) 78 davon standen in direktem Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen. Zwischen dem 20. November 2021 und dem 8. Januar 2022 fanden 91 Versammlungen gegen die Corona-Maßnahmen statt, bei denen es zu antisemitischen Vorfällen kam.

Doch nicht nur gegen Jüdinnen und Juden richtet sich die Aggression: Insgesamt zählt die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in der Gewerkschaft ver.di 119 Bedrohungen, Angriffe, Beleidigungen, aber auch juristische Angriffe auf Pressevertreter*innen im Jahr 2021. Der Verband spricht von einer neuen Dimension der Gewaltbereitschaft, die von den Maßnahmenprotesten ausgehe. (18)

14 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-02/corona-angriffe-deutschland-coronaleugner-gewalt>

15 https://www.rhein-zeitung.de/region/aus-den-lokalredaktionen/nahe-zeitung_artikel,-tankstellenmordprozess-fuer-den-taeter-von-idaroberstein-war-alex-w-ein-mitschuldiger-_arid,2394980.html

16 <https://www.report-antisemitism.de/publications/>

17 https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Berlin_-_Bericht_-_Antisemitische_Vorfaelle_Jan_Jun_2021.pdf

18 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mehr-angriffe-auf-journalisten-bei-corona-demonstrationen-17727506.html>

Auch Ordnungskräfte sind bei der Umsetzung des staatlichen Gewaltmonopols einer erhöhten Gefahrenlage ausgesetzt. Laut Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Bundestagsabgeordneten Martina Renner (Linke) aus dem Mai 2022, gab es seit Beginn der Corona-Pandemie rund 400 Angriffe auf Polizeibeamt*innen in Zusammenhang mit der Durchsetzung der Maskenpflicht und anderer Schutzbestimmungen. Dabei wurden insgesamt 105 Beamt*innen verletzt. (19)

Politiker*innen der demokratischen Parteien stehen ebenfalls permanent unter Beschuss. Etwa wurden in der Silvesternacht 2021 die Wahlkreisbüros des ehemaligen Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), und des Gesundheitsministers Karl Lauterbach (SPD) angegriffen. Nach einer Bundestagsrede von Ricarda Lang (Bündnis 90/Die Grünen), in der sie sich für die Impfpflicht ausgesprochen hatte, brach in den sozialen Medien und auf Telegram eine Hasslawine voller Frauen- und Demokratiefeindlichkeit, kombiniert mit Verschwörungserzählungen und Bodyshaming über die Politikerin ein. Im Dezember 2021 fand vor dem Haus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping ein Fackelmarsch statt, eine weitere Demonstration im Januar 2022 – angemeldet von sächsischen AfD-Politikern – wurde von der Polizei unterbunden. (20) Und auch Lokalpolitiker*innen werden bedroht, etwa Peter Traub, Bürgermeister im hessischen Erbach, der nach mehreren Bedrohungen und ständigen Demos vor dem Rathaus mittlerweile unter Polizeischutz steht. Nach dem Scheitern der Impfpflicht verbreiteten rechtsalternative Aktivist*innen, Politiker*innen und Medien Namenslisten von Abgeordneten, die für das Gesetz gestimmt hatten, via Twitter und Telegram. Unter dem Hashtag #IchHabeMitgemacht – an sich schon eine Relativierung der NS-Verbrechen – sollen Befürworter*innen von Impfungen und Anti-Coronamaßnahmen angeprangert werden. Der rechtspopulistische Publizist Stefan Homburg twittert: „Stimmverteilung nach Fraktionen: Fast alle Stimmen für die Impfpflicht kamen von Rot-Grün. Im folgenden Link können sie nach Namen, Fraktionen und Wahlkreisen suchen und 296 neue Kandidaten für #IchHabeMitgemacht finden.“ Die Kommentare darunter: „Werden alle gespeichert. Wir vergessen nicht!“ oder „Merkt Euch die Namen sehr genau...Sie werden bald hoffen, dass man sich nicht mehr dran erinnert.“ (sic!) (21)

Im April 2022 wurden Angehörige der Telegram-Gruppe „Vereinte Patrioten“ festgenommen, die ersten Ermittlungsergebnissen zufolge geplant hatten, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu entführen, dazu seinen Begleitschutz zu ermorden und außerdem Anschläge auf kritische Infrastruktur zu begehen, um eine Destabilisierung der politischen Lage in Deutschland und einen politischen Umsturz herbeizuführen. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen die Verdächtigen wegen Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. (22)

19 <https://www.infranken.de/ueberregional/deutschland/querdenker-gewalt-gegner-von-corona-massnahmen-verletzten-105-bundespolizisten-bei-hundert-von-angriffen-art-5450507>

20 <https://www.rnd.de/politik/afd-polizei-unterbindet-demo-vor-wohnhaus-von-sachsens-gesundheitsministerin-ASNVFTF5SNHTEJN2QBMZIV4IJE.html>

21 <https://www.belltower.news/gescheitertes-gesetz-schadenfreude-bei-impfgegnerinnen-129997/>

22 <https://www.belltower.news/vereinte-patrioten-vom-protest-zum-terror-die-radikalisierung-von-thomas-o-130453/>

Hauptfeind Demokratie

Das Misch-Milieu der Pandemieeugner*innen und Impfgegner*innen wird durch Demokratieverdrossenheit geeint, nicht selten tritt aber bei den Demonstrationen auch die offene Feindschaft zur liberalen, pluralistischen Demokratie zutage. Nach rechtspopulistischer Manier inszenieren sich Organisator*innen und Teilnehmende dabei selbst als die „letzten“ bzw. „wahren“ Demokrat*innen und Beschützer*innen des Grundgesetzes. Diese Selbstdarstellung kann allerdings schnell umschlagen, wie nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht, dass die beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Pandemie verfassungskonform seien. Als Reaktion verbrannten Querdenker*innen im Dezember 2021 in Stuttgart öffentlich das Grundgesetz. (23) Zur zweiten bundesweiten Großdemonstration in Berlin am 29. August 2020 hatten die Organisator*innen um Michael Ballweg öffentlichkeitswirksam ausgerechnet Vladimir Putin und den damals noch amtierenden US-Präsident Trump eingeladen. (24) Am Rande der Demonstration eskalierte die Situation. Tamara K., eine Heilpraktikerin aus der Eifel, behauptete über einen Lautsprecher, Trump sei tatsächlich in Berlin eingetroffen und rief die Umstehenden dazu auf, die Treppen des Reichstagsgebäudes zu besetzen: „Wir holen uns hier und heute unser Hausrecht“, schrie die Frau von der Bühne. Mehrere hundert Personen folgten dem Aufruf. In der Menge auf den Treppen des Parlamentsgebäudes standen Holocaustleugner neben Rechtsaußen-YouTubern, Neonazis neben Reichsbürger*innen. Über dem Mob wehten zahlreiche Reichskriegsflaggen.

Weil die Pandemieeugner*innen und Impfgegner*innen die Pandemie-Bekämpfungsmaßnahmen ablehnen, die von demokratischen Akteuren und Institutionen beschlossen und bestätigt wurden, lehnen sie auch diese demokratischen Akteure und Institutionen ab, stellen deren Legitimität infrage. Die hohe Komplexität politischen Handelns – gerade in Krisensituationen – und die Notwendigkeit demokratischer Kompromisse existieren in ihrem Weltbild nicht, stattdessen fühlen sie sich von einer als anonym und weit empfundenen Macht in ihrem Alltag eingeschränkt.

Wie weit Demokratieskepsis bis -feindlichkeit in die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“ vorgedrungen ist, zeigte zuletzt eine Befragung des Allensbach-Instituts. 31 Prozent der Teilnehmenden glauben demnach, in einer „Scheindemokratie“ zu leben, „in der die Bürger nichts zu sagen haben“. Besonders der Ost-West-Unterschied ist bemerkenswert: In Westdeutschland stimmen 28 Prozent der entsprechenden Aussage zu, in Ostdeutschland sind es gar 45 Prozent der Befragten. 28 Prozent aller Befragten gaben an, dass das demokratische System in Deutschland „grundlegend geändert“ werden müsse. (26)

23 https://www.t-online.de/region/stuttgart/news/id_91256260/staatsschutz-ermittelt-nach-anti-corona-demo-maenner-zuendeten-wohl-grundgesetz-an.html

24 <https://www.youtube.com/watch?v=Wp6tBwf9cyE>

25 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/heilpraktikerin-aus-der-eifel-das-ist-die-frau-die-zum-sturm-auf-den-reichstag-rief/26142914.html>

26 <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/allensbach-umfrage-zu-demokratie-in-deutschland-100.html>

Der Staat hat mittlerweile reagiert, das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet auf Bundesebene Teile der Corona-Protestbewegung und auch die Verfassungsschutzbehörden in den Ländern sind alarmiert. Doch die neu eingeführte und sehr weit auslegbare, diffuse Kategorie der „verfassungsschutzrelevanten bzw. demokratiefeindlichen und/oder sicherheitsgefährdenden Delegitimierung des Staates“ beschreibt das demokratiefeindliche Phänomen unzureichend. Die neue Kategorie könnte dazu führen, dass Sicherheitsbehörden die entsprechende Radikalisierung aus dem rechtsextremen Milieu ausklammern und damit entsprechende Vorfälle beziehungsweise Straftaten oder Akteure entpolitisieren, dass der rechtsextreme Charakter von n verdeckt wird, die im Kontext der Corona-Proteste registriert werden. Der Fokus des Verfassungsschutzes liegt auf Angriffen gegen den Staat. Andere problematische Einstellungen wie Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder Nationalismus könnten in den Betrachtungen des Bundesamtes faktisch unerwähnt bleiben.



Wer nach Mordaufrufen sucht, wird schnell fündig: wie hier im Telegram-Kanal "Soldaten & Reservisten" in dem ganz offen die Erhängung des Gesundheitsministers Karl Lauterbach gefordert wird. (Quelle: Telegram, Screenshot Amadeu Antonio Stiftung)

Nach der Krise ist vor dem kommenden "Aufstand"

Das demokratiefeindliche Milieu ist im Zuge der Pandemie beträchtlich gewachsen und zur tatsächlichen Gefahr für die Demokratie geworden. Die Proteste dienen als Türöffner zum Rechtsextremismus und sie bereiten den gesellschaftlichen Nährboden, auf dem die rechtsterroristische Gefahr wächst. Die Ideologieproduktion des Milieus wird maßgeblich von der extremen Rechten beeinflusst und vorangetrieben. Rechtsextreme Symboliken, Narrative und Codes diffundieren in die bürgerliche Gesellschaft. Die Maßnahmen zur Einschränkung von Covid-19 wurden drastisch reduziert, doch dadurch ist das Milieu nicht verschwunden, sondern höchstens vorübergehend weniger öffentlich sichtbar. Die Szene passt ihre Narrative an aktuelle Krisen an und sucht nach Anlässen, um an die Mobilisierungserfolge der letzten zwei Jahre anknüpfen zu können. Die Szene-Aktivist*innen, Bewegungsunternehmer*innen, ihre Unterstützenden und Anhänger*innen sind über eine digitale Infrastruktur besser vernetzt als je zuvor, sie haben sich „professionalisiert“ und sind damit auch in Zukunft handlungsfähig.

Nach der Hochwasserkatastrophe in Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Sommer 2021 waren unmittelbar „Querdenken“-nahe Akteur*innen vor Ort. Die Ablehnung von Staat und Demokratie wurden auch hier deutlich: Der Staat wurde als kurz vor dem Kollaps und als handlungsunfähig dargestellt, das Milieu selbst dagegen als „volksnahe“ Alternative zu den staatlichen Akteur*innen. Rhetorisch wird das Publikum auf angeblich geplante „Klimalockdowns“ und einen bevorstehenden Zusammenbruch der Energieversorgung vorbereitet. Auf Corona-Demos, in den sozialen Medien und der rechtsextremen, verschwörungsideologischen Desinformations-Presse wird schon seit 2021 immer wieder Bezug auf eine angeblich drohende „Klimadiktatur“ genommen, die gegenwärtige Pandemie sei nur eine „Generalprobe“, ein geplantes Vorspiel.

Immer Frei

27.872 subscribers

ganz oben sitzen, wie immer.
Man darf einen
Hochverräter, Verbrecher
und Söldner, der auf
deutschem Boden seiner
kriminellen Berufung
nachgeht übrigens bei
Gefahr erschießen. Sie sind
der letzte Dreck und werden
bald genau das bekommen,
was sie verdienen.

10.7K 18:46

Immer Frei

Ich schreibe es noch einmal explizit: Ein deutscher Bürger darf einen sogenannten "Polizisten", von dem Gefahr ausgeht offiziell nach den SHAEF-Gesetzen erschießen. Gott sei Dank übernehmen das die Militärs und machen das Dreckspack weg. Grüße an den "Verfassungsschutz" - Ihr kommt auch bald weg. Ihr seid (noch) lebende Leichen!

8402 18:51

Immer wieder wird in den jeweiligen Telegram-Kanälen ein kommender "Aufstand" geprobt und konkrete Plannungen vorgenommen. Wie etwa hier im Kanal "Immer Frei" mit über 27.000 Mitgliedern, indem die Ermordung von Polizisten durchgesprochen wird.

(Quelle: Telegram, Screenshot Amadeu Antonio Stiftung)

Wie die Szene auf den russischen Krieg gegen die Ukraine reagierte, hat deutlich gemacht, in welche Richtung das Milieu sich weiterentwickelt. Ähnlich wie Donald Trump, der Lichtgestalt des verschwörungsideologischen QAnon-Kultes, gilt auch Wladimir Putin in der Protestszene schon lange als Held, als Idealtypus eines wahrhaft „volksnahen“ Politikers, dem fast übermenschliche Fähigkeiten zugeschrieben werden. Wenig überraschend, dass die russische Propaganda auf fruchtbaren Boden fällt. In den einschlägigen Telegram-Gruppen ist die NATO die eigentlich Schuldige, während Russland durch seine „Spezialoperation“ einen angeblichen „Völkermord“ verhindere. Die impfkritischen Putin-Fans sind der festen Überzeugung, dass sie seit Jahren von Medien und Politik belogen werden. In der Logik dieser Erzählung bedeutet das, dass westliche Nachrichten über die russische Invasion und die Kriegsverbrechen der russischen Armee nicht wahr sein können. Die vor allem von Pegida, AfD, Neonazis und radikal rechten Influencer*innen seit Jahren popularisierte Vorstellung einer „Lügenpresse“ verfängt also auch hier.

Die Energiekrise bietet die nächste Möglichkeit zur Mobilisierung. Das Schüren von Ängsten vor Blackouts, steigenden Energiekosten und Armut gehört zum Standardrepertoire der extremen Rechten und dem Verschwörungsmilieu. Sollte es tatsächlich zu einem Lieferstopp von Gas kommen, droht vielen Menschen großer wirtschaftlicher Schaden. Laut einer Studie der TWTH Aachen aus dem März 2022 drohen 600.000 Haushalte durch Inflation, steigende Preise und hohen Nachzahlungen und Abschlägen für Energie, unter die Armutsgrenze zu rutschen. (27) Sollten sich die Prognosen bewahrheiten und Existenzen auf dem Spiel stehen, werden im Herbst und Winter viele Menschen – aus nachvollziehbaren Gründen – demonstrieren. Die AfD sitzt schon in den Startlöchern, hofft auf eine große Krise, die sie ausschalten kann. Eine Grundhaltung, die der ehemalige Pressesprecher der AfD-Bundestagsfraktion Christian Lüth auf den Punkt brachte: „Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD“.

„Du sollst frieren – Sie macht sich die Taschen voll!“, heißt es etwa auf einem Sharepic der Partei auf Facebook. (28) Zu sehen ist EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen – es geht um den Inflationsausgleich, den EU-Behörden an ihre Bediensteten zahlen. Zwar machten sich die Rechtsradikalen während der Pandemie zur parlamentarischen Stimme der Maßnahmen- und Impfgegner*innen, verloren aber trotzdem bei Landtags- und Bundestagswahlen. Die Energiekrise könnte das ändern: Die Auswirkungen der Krise bieten sich für eine Instrumentalisierung an. Nicht zuletzt der letzte AfD-Parteitag in Riesa hat gezeigt, dass die „soziale Frage“ – vor allem im immer größer werdenden rechtsextremen Teil der Partei – immer mehr Bedeutung erlangt. (29)

27 <https://www.rwth-aachen.de/cms/root/Die-RWTH/Aktuell/Pressemitteilungen/Maerz/~uhgko/600-000-Haushalte-in-Deutschland-geraten/>

28 <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts>

[/pfbid0wcqgrYFFvKLBj8sAtYrZHsCCKTXmgPmgkujPBJ4Sn2kPwCxzRnT7ewMDiPXtzU5Fl](https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/pfbid0wcqgrYFFvKLBj8sAtYrZHsCCKTXmgPmgkujPBJ4Sn2kPwCxzRnT7ewMDiPXtzU5Fl)

29 <https://www.belltower.news/zoff-in-der-afd-geht-weiter-krieg-gegen-die-eigene-partei-133981/>

Die Strategie, Leerstellen zu besetzen, die durch den Abbau des Sozialstaats und den Rückzug von Verwaltung und Infrastruktur vor allem aus dem ländlichen Raum entstanden sind, ist für rechtsextreme Akteur*innen alles andere als neu. Als „Kümmerer“ präsentiert sich auch die rechtsextreme Gruppierung „Freie Sachsen“ und zeigt, wie nahtlos die Themen der Anti-Corona-Proteste adaptiert werden können. Die Partei aus ehemaligen NPD-Kadern und Neonazis war zentral für die Mobilisierung und Vernetzung der maßnahmenkritischen Spaziergänge im Freistaat. Weiterhin rufen die Rechtsextremen in ihrem Telegramkanal mit fast 170.000 Abonnent*innen zu Demonstrationen auf: „Montagsproteste: Sommer, Sonne, Bürgerwiderstand! Vom Corona- in den Energielockdown? Wir Sachsen wehren uns!“ Die Veranstaltungen finden an dutzenden Orten in Sachsen weiterhin jeden Montag statt und werden auch jetzt zum Teil noch von Hunderten besucht.

Ohne eine demokratische, progressive Protestbewegung, die sich klar und eindeutig von Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und Rechtsextremismus distanziert, droht Deutschland eine Gelbwesten-Bewegung nach französischem Vorbild. Das Milieu rund um „Querdenken“ ist bestens darauf vorbereitet und wird seine Ausrichtung und Narrative schnell anpassen, um weiterhin möglichst viele Menschen zu mobilisieren. Sollten diese Akteur*innen weiterhin die einzigen bleiben, die wahrnehmbare Proteste orchestrieren, wird die Bewegung zweifelsohne wachsen. Legitime Gründe für Protest, etwa die Angst um die eigene Existenz, die Klimakrise und wachsende Armut, würden dann mit menschenfeindlichen Ideologien vermengt.

Das demokratiefeindliche Milieu hat sich verfestigt und professionalisiert. Es wird präsent und handlungsfähig bleiben. Die Corona-Pandemie war dabei der Ausgangspunkt für einen immensen Professionalisierungsschub, eine breite Anknüpfungsfähigkeit und ein enormes Mobilisierungspotenzial, auf das dynamisch aufgebaut werden kann. Die Szene wird sich kommende Krisen zunutze machen, um die parlamentarische Demokratie zu destabilisieren und zu schwächen. In rechtsextremen Kreisen wird die kommende Energiepreiskrise als die große Chance zum Sturz des verhassten Systems gesehen. Bestätigt sehen sich die Rechtsaußen-Akteure durch eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa: Demnach wollen 44 Prozent aller Befragten „sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilnehmen“. (30) In Foren, Podcasts und Telegramgruppen der sogenannten „neuen“ Rechten wird schon geplant, wie man diesen Demonstrierenden vermitteln kann, dass die „Altparteien“ und „Eliten“ für die Krise mit ihrer verfehlten Energiepolitik verantwortlich seien und nur AfD und „patriotische Kräfte“ eine Rettung bieten könnten.

30 <https://www.berliner-zeitung.de/news/energie-proteste-fast-jeder-zweite-deutsche-will-auf-die-strasse-demonstration-nancy-faeser-bauern-li.248473>

Die populistische Strategie, die von ihnen als „Regime“ bezeichnete parlamentarische Demokratie infrage zu stellen, wird genutzt werden, um Antisemitismus, Rassismus sowie andere Formen von Ungleichwertigkeitsdenken und Diskriminierung in der Gesellschaft zu stabilisieren und weiter zu verbreiten. Aufrufe zu „Widerstand“ und „Notwehr“ werden auch in Zukunft in Gewalttaten münden – bis hin zu weiteren terroristischen Attentaten. Gerade deswegen müssen staatliche wie zivilgesellschaftliche Maßnahmen zur Eindämmung und Rückgewinnung der noch erreichbaren Teile dieses Milieus längerfristig und nachhaltig angelegt sein. Der Aktionsplan Rechtsextremismus der Bundesregierung ist dafür zwar ein guter Anfang, muss aber angesichts der kommenden Herausforderungen für Demokratie und Gesellschaft breiter aufgestellt werden.



In einem aktuellen Beitrag des rechtsextremen Magazins "Sezession" vom 24. August 2022 fordert Götz Kubitschek, rechtsextremer Verleger, in Anbetracht der Gaskrise und Inflationsentwicklung in Deutschland einen "Aufstand" gegen die Regierung, dieser sei "unumgänglich". Zustimmung erfährt er unter anderem vom AfD Fraktionsvorsitzenden in Thüringen Björn Höcke, der den Beitrag auf seinen Social Media-Plattformen verbreitet. (Quelle: Twitter, Screenshot Amadeu Antonio Stiftung)

Forderungen im Überblick:

- 1** Der Staat muss klug handeln
- 2** Antidemokraten ausgrenzen
und demokratischen Protest ermöglichen
- 3** Investition in politische Bildung und Forschung
- 4** Straftaten konsequent verfolgen
und Demokratiefeindlichkeit benennen
- 5** Mehr Strategie in der Krise

Forderungen im Detail:

1. Der Staat muss klug handeln

Die Warnungen aus Ministerien und Institutionen über „Volksaufstände“ und den „sozialen Sprengstoff“ Energiekrise reichen nicht – die Arbeit an sozial verträglichen und transparenten Lösungen für kommende Probleme ist zentral. Aber: Das Innenministerium muss als Ministerium einer wehrhaften Demokratie in Protesten rechtsextreme und demokratiefeindliche Mobilisierungen erkennen, benennen und aktiv werden, wenn aus Kritik an der Sache Menschenfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit oder Verschwörungserzählungen werden – die Menschen in Gefahr bringen. Hierfür muss es eine konzentrierte und koordinierte Zusammenarbeit mit den Ländern geben. Gewalt und Übergriffe dürfen nicht länger entpolitisiert werden.

2. Antidemokraten ausgrenzen und demokratischen Protest ermöglichen

Für viele Menschen in Deutschland zeichnen sich schwerer wirtschaftlicher Schaden und hohe Belastungen ab. Protest und Demonstrationen müssen möglich sein, aber berechtigte Sorgen sind kein Grund, mit Rechtsextremen auf die Straße zu gehen. Institutionen wie Gewerkschaften, Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppen sind aufgerufen, demokratischen Protest zu ermöglichen und Lösungswege ohne menschenfeindliche Inhalte aufzuzeigen.

3. Investition in politische Bildung und Forschung

Sollte sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern, darf es keine Kürzungen in der politischen Bildung sowie der Erforschung zu gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie geben. Nur politische Bildung ist dazu in der Lage, aufzuklären, Vorurteile abzubauen und einzugreifen, bevor Menschen in die Radikalisierungsfalle von Verschwörungsideologien und rechts-alternativen Wirklichkeiten geraten – und schlimmstenfalls anderen, unschuldigen Menschen gewalttätig schaden.

4. Straftaten konsequent verfolgen und Demokratiefeindlichkeit benennen

Bei zahllosen Demonstrationen im ganzen Land zur Coronavirus-Pandemie konnte die antidemokratische Szene ihre Hetze etwa gegen Politiker*innen, Wissenschaftler*innen oder Journalist*innen weitgehend unbehelligt auf die Straße tragen. Polizei und Behörden ließen permanente Verstöße gegen geltende Gesetze und Verordnungen zu. Ungestraft überrannten Demonstrierende Polizist*innen. Parallel dazu gehören Volksverhetzung, Hass auf Juden*Jüdinnen oder der Verkauf von gefälschten Impfpässen zum Alltag in tausenden von Chatgruppen. All das hat die antidemokratische und verschwörungsideologische Szene ermächtigt und im fatalen Glauben bestärkt, den „Volkswillen“ zu vertreten. Straftaten – sowohl analoge, als auch digitale – müssen konsequent und schnell verfolgt und geahndet werden.

5. Mehr Strategie in der Krise

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es großen Nachholbedarf in der Kommunikation von Politik und politischen Entscheidungen gibt. Die Dimensionen der kommenden Energiekrise könnten die Corona-Pandemie in den Schatten stellen. Klare und transparente Kommunikation über politische Entscheidungen, die Strategien dahinter und darüber, wie sie ausgehandelt werden – auf Augenhöhe – und auch über negative Veränderungen, die nicht vermeidbar sind – hilft, Informationen zu verstehen und einzuordnen, und damit, Desinformation zu widerlegen und ihnen die Wirkungsmacht zu nehmen.

Impressum:

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstr. 12
10115 Berlin
Telefon + 49 (0) 30 240 886 10
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Kontakt:

Lorenz Blumenthaler
030 240 886 16
Lorenz.Blumenthaler@amadeu-antonio-stiftung.de

Autor:
Stefan Lauer

Redaktion:
Simone Rafael, Robert Lüdecke, Lorenz Blumenthaler, Jan Riebe

© Amadeu Antonio Stiftung, 2022